

Retta Müller-Schimmel
retta.müller-schimmel@herzovision.de

Grüne Stadtratsfraktion:
Veit Götz
Georgios Halkias
Peter Maier
Patrizia Siontas

Herr Bürgermeister
Dr. German Hacker
Marktplatz 11
91074 Herzogenaurach

Herzogenaurach, 19. Januar 2026

Antrag für die nächste Stadtratssitzung

Die Verwaltung wird beauftragt die Registrierung der Stadt Herzogenaurach als anspruchsberechtigte Kommune für den Einwegkunststofffonds zu prüfen und gegebenenfalls durchzuführen. Der Stadtrat ist über das Ergebnis der Prüfung zeitnah zu informieren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 15. Mai 2023 wurde das Einwegkunststofffondsgesetz verabschiedet. Es ist eine Maßnahme, die die Auswirkungen von spezifischen Kunststoffprodukten auf die Umwelt, besonders auf die Vermüllung der Meere mindern und dem sogenannten Littering, dem achtlosen Wegwerfen von Abfällen, entgegenwirken soll.

Seit 2024 sind Hersteller von Produkten aus Einwegplastik (z.B. Getränkebecher, Folienverpackungen, Zigarettenfilter) an den Kosten der Abfallbeseitigung in den Straßen und Grünanlagen beteiligt. Dafür zahlen die Unternehmer eine jährliche Abgabe in einen Fonds ein, der vom Umweltbundesamt verwaltet wird

(<https://www.umweltbundesamt.def/#undefined>).

Aus dem Fonds können Landkreise, Städte und Gemeinden Gelder erhalten um ihre Kosten für Abfallbeseitigung und Sensibilisierungsmaßnahmen (anteilig) zu decken.

Mögliche Maßnahmen für unsere Stadt könnten z.B. sein:

- ein finanzieller Zuschuss zur Arbeit des Bauhofs bei der Aufstellung und Leerung von Mülleimern
- die Unterstützung und Förderung von mehr gezielten Bildungsaktionen
- die Bezahlung der Arbeitsstunden von Helfer:innen, welche Müll aufsammeln
- das Einsetzen zusätzlicher Mülleimer bei hohem Müllaufkommen z.B. bei Festen

Sowohl für die Verwaltung und Abwicklung des Einwegkunststofffonds als auch für die Auszahlung an öffentlich-rechtliche Anspruchsberechtigte hat das Umweltbundesamt die digitale Einwegkunststoff-Plattform [DIVID](#) eingerichtet. Dort müssen sich die anspruchsberechtigten Kommunen registrieren.

Unser Landkreis ist bereits registriert und der Landrat hat den Gemeinden und Städten des Landkreises empfohlen, dies auch zu tun.

Gerade in Zeiten knapper Kasse ist es nach unserer Meinung besonders wichtig auf Fördermaßnahmen, die uns finanziell entlasten, zurückzugreifen.

Der Antrag möge zur Abstimmung auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung am 29. Januar gesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Retta Müller-Schimmel

im Namen der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen